



# Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft  
- Presse- und Informationsabteilung -  
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin  
E-Mail: [info@botschaft-frankreich.de](mailto:info@botschaft-frankreich.de)  
Internet: [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)

27. Februar 2006

---

## **Außenminister Philippe Douste-Blazy im Gespräch mit der Zeitschrift *Politique Internationale* Paris, Winter 2005/2006**

### **Welche Diplomatie braucht Frankreich?**

(...)

*China:*

Die Menschenrechte sind kein abstrakter Begriff. Sie müssen Teil des täglichen Lebens jedes Einzelnen sein. Wir entwickeln mit China im Rahmen seiner Beziehungen zur Europäischen Union einen konstruktiven Dialog. Bei unseren Gesprächen mit Peking gibt es keine Tabus. Zwei Beispiele: die Abschaffung der Todesstrafe, wofür wir uns ohne Unterlass einsetzen und die Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte.

In diesem Sinne arbeiten wir auf bilateraler Ebene seit mehreren Jahren in konkreten Bereichen zusammen, wie z.B. bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Reform der Rechtsprechung. Dies mögen für Sie wahrscheinlich kleine Schritte sein, aber diese Schritte zählen im Leben der chinesischen Bürgerinnen und Bürger.

(...)

Keiner bestreitet, dass die Menschenrechtssituation in China nicht zufriedenstellend ist. Aber einige Zeichen deuten auf eine Besserung hin. Der Dialog zwischen der Europäischen Union und China hat bereits Früchte getragen. (...)

Was das Embargo betrifft, so weiß jeder, dass dies kein wirksames Instrument ist. Wie Staatspräsident Chirac schon mehrmals betont hat, ist dies heute eine veraltete Methode, die nicht mehr der Realität der strategischen Partnerschaft zwischen Europa und China entspricht. Wir werden folglich weiterhin bei unseren europäischen Partnern für die Aufhebung des Embargos plädieren, wobei wir diese Entscheidung natürlich mit der Garantie einer strengen Kontrolle des künftigen Waffenverkaufs verknüpfen müssen. Aber unser Land wendet hier bereits seit langem eine sehr strenge Regelung an. (...)

*Russland:*

Russland befindet sich seit fast 15 Jahren in einem zwangsläufig langen und komplexen Reformprozess. (...) Die bereits zurückgelegte Strecke ist beachtlich und es ist klar, dass es

kein Zurück mehr gibt. Die Russen haben sich bemüht, die Autorität des Staates wieder herzustellen. Sie müssen die demokratischen Werte weiterhin festigen und weiterentwickeln. In jedem Fall ist es keine Lösung, Russland zu überfordern. Vielmehr müssen wir dem Land bei seiner Modernisierung behilflich sein: Das liegt in unserem Interesse und es ist die Bedingung für eine solide Partnerschaft. Jede andere Einstellung würde Russland in die Selbstisolierung treiben, mit all den Risiken, die dies bedeuten würde. Frieden in Europa wird auch durch die Stabilität Russlands bedingt.

Zum Thema Tschetschenien kann man nur erschüttert sein über die Gewalt, die das tschetschenische Volk erleiden muss. Wir sprechen regelmäßig bei Treffen mit russischen Politikern darüber. Natürlich muss alles, was terroristische Hintergründe hat, vorbehaltlos verurteilt werden. Auf jeden Fall ist eines klar: Der Ausgang dieser Krise kann nur politisch sein. Sie kann nicht ohne Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte erfolgen. Diese Botschaft richtet Europa an die russische Regierung. (...)

#### *Die Beziehungen zu den USA:*

Wir pflegen mit den USA einen regelmäßigen, reichhaltigen, offenen und fruchtbaren Kontakt, wie ihn zwei befreundete und verbündete Länder seit jeher unterhalten können und müssen. Aber gerade weil wir grundlegende Werte teilen, dürfen wir keine Angst vor unseren Unterschiedlichkeiten haben, im Gegenteil. Amerikaner und Franzosen verstehen es, gemeinsam an sehr konkreten Themen zu arbeiten, ob es um die Bekämpfung des Terrorismus, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Krisen (Afrika, Balkan, Afghanistan, Haiti, etc.) oder um Themen des Nahen und Mittleren Ostens geht.

Aber über die offiziellen Beziehungen hinaus bin ich persönlich daran interessiert, die Vielfalt der Vereinigten Staaten zu entdecken. Bei meiner letzten Reise wollte ich mich nicht nur auf Washington beschränken, sondern auch Chicago und New York besuchen, um Präsident Clinton zu treffen. Darüber hinaus ist es in einem Land, in dem einer Umfrage zu Folge 45% der Menschen Frankreich als Feind betrachten, wichtig, sich an die Zivilgesellschaft zu wenden. (...)

#### *Nahost:*

(...) Man darf nicht auf halber Strecke stehen bleiben, sondern muss die roadmap wieder aufgreifen und die nächsten Etappen umsetzen.

In diesem Zusammenhang plant der Präsident der Palästinenserbehörde, die Hamas in das politische Leben zu integrieren. Dies unterstützen wir, wobei wir die Notwendigkeit betonen, dass die Hamas ihre Waffen niederlegen muss.

Ich habe das Gefühl, dass die Lage heute schwierig ist, aber dass alles dafür getan werden muss, der Schaffung eines Staates Palästina näherzukommen. Es soll ein Staat werden, der in Frieden und Sicherheit neben Israel existiert. Mit dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen erleben wir ferner einen historischen Moment für die Europäische Union, die zum ersten Mal eine politische Rolle spielt, die von beiden Parteien akzeptiert und sogar gewünscht wird: Diese haben ihr mit der Überwachung des Grenzübergangs in Rafah eine Aufgabe erteilt, die eine bedeutende Veränderung in sich birgt, wenn man an das einstige Misstrauen denkt. Hier tritt das politische Europa klar in Erscheinung, das im Zentrum meines Einsatzes für die europäische Sache steht. (...)

#### *Iran:*

Die gesamte internationale Gemeinschaft ist heute besorgt über das Streben Irans nach Atomenergie. Jedes Land hat selbstverständlich das Recht auf die friedliche Nutzung eines

Atomprogramms, vorausgesetzt es hält seine Verpflichtungen zur Nicht-Verbreitung ein und verfolgt friedliche Ziele. Das Problem in Sachen Iran ist, dass dieses Land 18 Jahre lang seine umstrittenen Aktivitäten, den Besitz von Nuklearmaterial und den Zweck der Nutzung dieses Materials verschwiegen hat. Daraus entstand eine Vertrauenskrise und ein sehr großes Misstrauen der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des Programms zur Herstellung von Brennstoff in Teheran. Der Anspruch der iranischen Regierung, sich in Iran die Fähigkeit zur Urananreicherung zu geben, kann nicht akzeptiert werden. Das Verhalten Irans seit einigen Monaten, insbesondere die Wiederaufnahme der Anreicherung am Standort Natanz, hat unsere anfänglichen Sorgen bestätigt.

*Zum neuen iranischen Präsidenten:*

Seine Äußerungen über Israel sind inakzeptabel. Sie haben die gesamte Völkergemeinschaft schockiert und es steht außer Frage, dass wir dies einfach übergehen. Beim letzten Europäischen Rat wurde beschlossen, verschiedene Reaktionsmöglichkeiten zu testen. Präsident Ahmadinedschad muss verstehen, dass es im Interesse Irans liegt, die internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Es ist die einzige Möglichkeit für sein Land, auf der internationalen Bühne die Rolle zu spielen, die ihm naturgemäß zukommen sollte. Iran hat nichts dabei zu gewinnen, sich von der Völkergemeinschaft abzuspalten. (...)

Wir bevorzugen den diplomatischen Weg. Wenn Teheran weiterhin bei seiner Ablehnung bleibt, wird dem Sicherheitsrat ein Bericht vorgelegt werden müssen, wie es die Resolution der IAEO vom 24. September 2005 vorsieht. Der Sicherheitsrat wird dann darüber entscheiden, wie die Völkergemeinschaft die Anträge der Wiener Behörde unterstützen und Iran überzeugen kann, eine vernünftige Haltung einzunehmen.

*Nordkorea:*

Die nukleare Krise in Nordkorea ist, wie auch in Iran, ein Test für das multilaterale System der Nichtverbreitung. Die Sechser-Gespräche im September haben zu einer gemeinsamen Erklärung geführt, die substantielle Errungenschaften darstellt. Nordkorea wäre bereit, auf seine Atomwaffen und auf die existierenden Programme zu verzichten und sich wieder dem Nichtverbreitungsvertrag zu verschreiben.

Dennoch ist das Thema nicht erledigt. Pjöngjang muss nun seiner Absicht Folge leisten, eine Erklärung über die existierenden Waffen und Programme zu machen, eben diese Programme aufzudecken und Kontrollen zu akzeptieren. Auch wenn die Europäische Union nicht direkt von den Sechser-Gesprächen betroffen ist, die zu dieser Einigung geführt haben, so hat sie dennoch vor, einen regelmäßigen Dialog mit Pjöngjang zu unterhalten.

Bleibt ein Problem bestehen, das bisher nicht angesprochen wurde und das uns beschäftigt: der Export von Raketen aus Nordkorea. Auch hier muss eine zufriedenstellende Einigung mit den führenden Politikern Pjöngjangs zu Stande kommen.

*Europäische Union:*

Wir müssen dem europäischen Aufbauwerk dringend neuen Schwung geben. Dafür müssen wir wissen, welches Europa wir in der heutigen Welt wollen. Haben die Europäer eine bestimmte Botschaft, ein politisches Modell, eine Vorstellung von der Welt?

Ist die Antwort „ja“, so erfordert dieses Streben unbedingt ein integrierteres Europa, eine Europäische Union, die ein echter politischer Akteur ist. Nicht ein riesiger Markt ohne Grundlagen oder gemeinsame Politik wird uns ermöglichen, auf die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen dieser Zeit einzugehen. (...)

Die „Grenze“ der Erweiterung ist an sich nicht vorgegeben. Sie lässt sich erst im Laufe der der Zeit einschätzen. Die nächsten Erweiterungen werden nur möglich und erfolgreich sein, wenn das europäische Projekt selbst weiterkommt, Fortschritte macht und für den ganzen Kontinent förderlich ist. Das bedeutet auch, dass die Mitglieder der Union die nächsten Nachbarn oder die anderen Partner Europas in Betracht ziehen. (...)

*Das deutsch-französische Paar:*

Nichts kann in Europa geschehen ohne ein gemeinsames Streben Deutschlands und Frankreichs. Diese Beziehung darf natürlich keine ausschließliche sein, aber ihre Rolle ist in der aktuellen Krisenzeit besonders bedeutsam. Wir arbeiten derzeit an konkreten Projekten, an denen auch andere europäische Partner beteiligt werden könnten. Es sind Projekte, die zum Beispiel die Forschungsnetzwerke, die industrielle Innovation und die Kompetitivitätszentren betreffen. (...)

*Tony Blair:*

Darüber sind sich alle einig: Der politische Erfolg Tony Blairs ist unbestreitbar. Er hat aus seinem Land ein modernes Land gemacht und es von Verkrustungen befreit, die seine Entwicklung seit Jahrzehnten hemmten.

Ich denke aber, dass Tony Blair auch in Hinblick auf sein Engagement für Europa beurteilt werden muss. (...)

Er hat sich gegenüber sehr feindselig eingestellter politischer Kreise in Großbritannien für Europa entschieden. Das ist natürlich eine mutige Wahl, die es zu begrüßen gilt. Nun stellt sich noch die Frage, welches Europa London will. Ein starkes Europa - je größer desto stärker - oder lieber eine einfache Freihandelszone, also die Aufgabe bzw. Schwächung des Projektes Europa? Ich wünsche mir, dass Tony Blair sich für ersteres entscheidet.

*Côte d'Ivoire:*

(...) Afrika hat sich verändert und Frankreich wird die Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen weder Gendarmen sein noch die Rolle der Königsmacher auf dem Kontinent spielen. Diese Zeiten sind vorbei.

In Côte d'Ivoire haben wir von Anfang an die gleiche Linie beibehalten: Einhaltung der allgemeinen Wahl, der Legitimität der Institutionen und der territorialen Integrität. Darüber hinaus haben wir unser Handeln seit 2003 in den Rahmen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen gestellt, um dem politischen Prozess, der durch die Verträge von Marcoussis ausgelöst wurde, die volle Wirkungskraft zu verleihen. (...)

Betrachten wir mit ein wenig Abstand die Krisen, die wir alleine auf dem afrikanischen Kontinent heute gelöst haben: Angola, Südsudan, Liberia, Sierra Leone, Demokratische Republik Kongo usw. Diese Krisen haben alle lange gedauert, alle hatten Tausende von Opfern zur Folge. Bei keiner konnte ein Bürgerkrieg erspart bleiben.

Wir müssen die Krise in Côte d'Ivoire im Vergleich zu all diesen anderen betrachten. In Côte d'Ivoire können wir heute hoffen, dass eine entscheidende Phase beginnt, die endlich Wahlen ermöglicht.

(...)

Unsere Afrikapolitik beruht auf einfachen Grundsätzen: Treue gegenüber den Ländern, zu denen wir bevorzugte Verbindungen haben, aber auch der Wille, den Kontinent als Ganzes zu betrachten. Der Logik des eigenen „Jagdreviers“ sollen wir eine regionale Logik entgegenhalten: Neue Akteure entstehen (z. B. Südafrika, Nigeria, Algerien, Ghana, Mozambique), neue Partner treten auf (z. B. China, Indien, Brasilien, Iran), neue Herausforderungen stellen sich (Terrorismus, Immigration, Gesundheit, natürliche Rohstoffe). Es ist klar, dass diese Veränderungen eine koordinierte und gemeinsame Antwort der westlichen Welt, insbesondere der Europäer, verlangen.

Um Afrika aus der Sackgasse zu befreien, in der es sich noch befindet, ist es höchste Zeit, von der Herangehensweise des Mitgeföhls zu einer Herangehensweise, die auf gegenseitigen Interessen begründet, überzugehen. Hilfe alleine wird nicht ausreichen, um die Entwicklung dieses Kontinents sicherzustellen. Die Integration afrikanischer Wirtschaftssysteme in die globalen Wirtschafts- und Handelskreisläufe muss gefördert werden. Diese Überzeugung leitet auch unser Handeln im Rahmen der WTO, um Afrika einen Platz im Welthandel zu geben, der mehr als die derzeitigen 2% ausmacht.

Ich möchte hinzufügen, dass wir der Jugend in Afrika besondere Aufmerksamkeit schenken: 80% der Bevölkerung des Kontinents ist jünger als 30 Jahre, 90% dieser Jugendlichen haben keine Zukunftsperspektive, außer Immigration oder die Beteiligung an einer Rebellion oder irgendeiner Miliz. Auf sie müssen wir unsere Bemühungen konzentrieren, um dem gesamten afrikanischen Kontinent eine gesicherte und ertragreiche Zukunft zu garantieren. Täuschen wir uns nicht: Unsere eigene Stabilität in Europa und andernorts hängt davon ab.

#### *Aidspolitik:*

Das Außenministerium unterstützt die von der Aids-Pandemie betroffenen Länder, insbesondere in Afrika, schon seit 1987. (...)

Heute setzt sich Frankreich dafür ein, dass alle Erkrankten Zugang zu einer antiretroviralen Behandlung erhalten. Diese Botschaft hat Frankreich in die G8 und in die Generalversammlung der Vereinten Nationen getragen. Von nun an ist die Aidsbekämpfung zur obersten Priorität unserer Entwicklungshilfe im Bereich Gesundheit geworden. (...)

In diesem Zusammenhang wird die baldige Einrichtung einer Abgabe auf Flugtickets wichtige zusätzliche finanzielle Mittel einbringen. (...)

#### *Lateinamerika (Entstehung einer „Achse Lula-Chavez-Kirchner-Morales“):*

Der Begriff „Achse“ ist nicht zutreffend, da er an Antagonismus denken lässt. Die Beziehungen Venezuelas zu den USA sind zwar von Unverständnis, Missverständnissen und Verdächtigungen geprägt, aber Argentinien und Brasilien passen nicht in dieses Register. Es wäre aber für alle wünschenswert, dass die Vereinigten Staaten und Venezuela sich um einen Dialog bemühen.

Was ich hingegen bei diesen lateinamerikanischen Präsidenten wahrnehme, ist ein sehr starker Wille, ihre Eigenständigkeit bei Analysen und Entscheidungen gegenüber einem interamerikanischen System, das von den USA dominiert wird, zu bekräftigen. Dieses System scheint nicht mehr auf die Bedürfnisse des internationalen Lebens einzugehen. Es muss sich weiterentwickeln, wenn man den Platz Lateinamerikas auf einer internationalen Bühne stärken will, die immer mehr zu einem Ort des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Austauschs wird. (...)

#### *Kolumbien:*

Zunächst eine Feststellung: Die Sicherheit in den großen urbanen Zentren Kolumbiens hat deutlich zugenommen. Dies erklärt zum Teil die Beliebtheit von Präsident Uribe, auch wenn die illegalen bewaffneten Gruppen und die Drogenschmuggler nach wie vor ihr Unwesen treiben.

Dann eine Tatsache: Es existiert nach wie vor ein sehr besorgniserregendes Problem: das der zahlreichen Geiseln, die teilweise seit sieben oder acht Jahren gefangen gehalten werden. Zu diesen Geiseln gehört auch unsere Mitbürgerin Ingrid Betancourt, die im Februar 2002 entführt wurde. Die französische Regierung setzt sich nach wie vor für die Freilassung von Ingrid Betancourt und aller anderen Geiseln in Kolumbien ein. Wir rufen zum Abschluss eines humanitären Abkommens auf. Zu diesem Zweck hat Frankreich zusammen mit der Schweiz und Spanien den Vorschlag einer Verhandlungsrunde in Kolumbien gemacht. Wir handeln mit Geduld, aber auch Entschlossenheit. Ich habe es bereits dem kolumbianischen Verhandler, Carlos Restrepo gesagt: Frankreich verfolgt in dieser Angelegenheit ein einziges Ziel. Es will die Befreiung aller Geiseln unter Achtung des Rechts und der kolumbianischen Institutionen erreichen. Dazu brauchen wir alle Menschen, die guten Willens sind, um ein Minimum an Vertrauen herzustellen und endlich aus der zu lange anhaltenden ausweglosen Situation der Geiselhaft zu gelangen. Sonst müssen wir über eventuelle Konsequenzen nachdenken.

(...)

Die herkömmliche Diplomatie Frankreichs hat immer noch ihren Platz, beruht sie doch auf unantastbaren Grundsätzen: Einhaltung des Rechts, Gesprächsbereitschaft, Bemühen um Solidarität. Was sich verändert, sind die Mittel und Instrumente des diplomatischen Handelns. Und da ist es natürlich unerlässlich, auf alle neuen Technologien zurückzugreifen. Daher modernisiert das Außenministerium ständig, und ich achte persönlich seit meinem Amtsantritt darauf, dass diese Entwicklung überall konkret wird, ob es sich um Kommunikationssysteme oder um die Immobilienpolitik des Ministeriums handelt. Dass unsere Diplomatie im Rhythmus der Zeit lebt, scheint mir unerlässlich zu sein. (...)